





Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin a.D.

Platz der Republik

Unter den Linden 50, Zim. 2.135
11011 Berlin

 (030) 227-7-5162


 (030) 227-7-6402




sabine.leutheusser-schnarrenberger@bundestag.de

Wahlkreis

Hauptstr. 23
82327 Tutzing

 (08158) 60 15

 (08158) 92 070



sabine.leutheusser-schnarrenberger@wk.mdb.bundestag.dbp.de

Berlin, 28. Juni 2006

Pressemitteilung

FDP fordert Ende der Diskriminierung von Transsexuellen im Paßrecht

Zu dem von der FDP-Bundestagsfraktion in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Passgesetzes erklärt die stellvertretende Vorsitzende und rechtspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Sabine LEUTHEUSSER-SCHNARRENBARGER:

Die FDP hat in dieser Woche einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, mit dem endlich die Diskriminierung von Transsexuellen im Passgesetz beendet wird. Der Gesetzentwurf sieht vor, das Paßgesetz um eine Klarstellung zu ergänzen, wonach künftig bei Transsexuellen, die eine Änderung ihres Vornamens erreicht haben, das dem Vornamen entsprechende Geschlecht im Paß einzutragen ist. Nach geltendem Recht können Transsexuelle, die sich für die sog. „kleine Lösung“ entschieden haben, ihren Vornamen ändern lassen. Eine personenstandsrechtliche Änderung ihres Geschlechts ist ihnen jedoch verwehrt. Transsexuelle werden daher personenstandsrechtlich nicht entsprechend ihrer empfundenen Geschlechtszugehörigkeit behandelt. Name und Geschlecht stehen im Widerspruch zueinander. Aufgrund des geltenden Rechts waren Transsexuelle dadurch im Ausland oft Diskriminierungen ausgesetzt. Die vorgeschlagene Änderung beseitigt diesen diskriminierenden Umstand. Dadurch wird sichergestellt, dass Transsexuelle gesellschaftlich und rechtlich entsprechend der neuen geschlechtlichen Identität behandelt werden. Die Änderung des Passgesetzes allein ist aber nicht ausreichend. Parallel dazu muss eine Gesamtreform des Transsexuellengesetzes erfolgen, entsprechend der Forderung des Bundesverfassungsgerichts. Die FDP hat stets kritisiert, dass die rot-grüne Bundesregierung 7 Jahre lang untätig geblieben ist. Eine Reform des seit 25 Jahren unverändert gebliebenen Gesetzes ist lange überfällig. Die FDP fordert die Bundesregierung daher auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Reform des Transsexuellengesetzes in den Bundestag einzubringen.